

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindefürer des Bezirks. **Stiefes Blatt** im Bezirk. - - - Erscheint seit 1848.



Anzeigeblatt für Bischofswerda, Neukirch, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. - - **Wöchentliche** Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - Fernsprecher Nr. 22.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 18. Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Abonnementspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.10, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.20; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.30 ohne Zustellungsgebühr.

Postcheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. - **Gemeindeverbandsgründerische Bischofswerdaer Konto** Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Art - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. M. 20) oder deren Raum 35 Pfg., örtliche Anzeigen 25 Pfg. Im Textteil (Zm. M. 17) 75 Pfg. die 6-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachlass nach feststehenden Sätzen. - **Amliche Anzeigen** die 6-spaltige Zeile 60 Pfg. - Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. - **Erfüllungsort** Bischofswerda.

Nr. 101.

Sonnabend, den 3. Mai 1919.

73. Jahrgang.

Die Befreiung Münchens von der Spartakistenherrschaft.

Stuttgart, 1. Mai. (W. I. B.) Die der Staatsregierung folgende Freisprechung aus München eingegangen: Die erste Regierungstruppe der Volkswacht unter Führung des Leutnants ... in München eingezogen. Die ...

Den 1. Mai. (W. I. B.) In Ruffeln ging vom ... in München telefonisch ...

Die ... hatte noch am Mittwoch ...

Den 1. Mai. (W. I. B.) Ein am 30. April ...

Die ... hatte noch am Mittwoch ...

Rücktritt Hindenburgs.

Berlin, 1. Mai. (W. I. B.) Aus Anlaß der bevorstehenden Friedensverhandlungen hat der Generalfeldmarschall v. Hindenburg an den Reichspräsidenten Ebert folgende Schreiben gerichtet:

Herr Präsident! Der Beginn der Friedensverhandlungen verlangt mich, Ihnen bei der Reichspräsidentenwahl die Versicherung zu bringen, daß ich in der Hinsicht an der Spitze der Obersten Heeresleitung geblieben, wie ich meine Pflicht darin sah, dem Vaterlande in seiner höchsten Not wieder zu dienen. Sobald der Vorfrieden geschlossen ist, habe ich aber meine Aufgabe für erfüllt. Mein Wunsch, nach dem Ende des Krieges zurückzutreten, wird bei meinem hohen Alter allgemein verstanden werden, insbesondere, als es bekannt ist, wie schwer es mir, meinen Angehörigen und meiner ganzen Persönlichkeit und Vergangenheit nach geworden ist, in der jetzigen Zeit mein Amt weiter auszuüben.

Der Reichspräsident hat hierauf dem Generalfeldmarschall folgendes geantwortet:

Herr Generalfeldmarschall! Von Ihrem Entschluß, nach Beendigung des Vorkriegs den Vor Frieden an der Spitze der Obersten Heeresleitung zurückzutreten, um sich ins Privatleben zurückzuziehen, habe ich Kenntnis genommen. Indem ich mein Einverständnis hiermit erkläre, wünsche ich die Gelegenheit, um Ihnen für Ihre dem Vaterlande während des Krieges und in jetziger Zeit unter großer Aufopferung geleisteten Dienste den unaussprechlichen Dank des deutschen Volkes auszusprechen. Daß Sie auch in Zeiten schwerer Not in Lese auf Ihrem Posten ausgeschaut und dem Vaterlande Ihre Persönlichkeit zur Verfügung gestellt haben, wird Ihnen das höchste Dank nicht versagen.

H. Ebert.

Der Hazardeur Foch.

Zu den aufsehenerregenden Äußerungen, die Marschall Foch am 18. April einem Berichterstatter der „Daily Mail“ gemacht hat, wird nachträglich bekannt, daß die Referenzen der Verbündeten von dem allgemeinen Vormarsch gegen die deutsch-deutsche Grenze erschöpft waren und daß es Foch auf gut Glück ankommen ließ.

Den 30. April. (W. I. B.) Laut „Post. Ztg.“ fehlte in den Berichten über die aufsehenerregenden Äußerungen des Marschalls Foch gegenüber einem Berichterstatter der „Daily Mail“, die in französischen Blättern nicht veröffentlicht werden dürfen, eine sehr wichtige und sehr bezeichnende Stelle. Demnach folgte Foch mit Bezug auf die Augustaffinität 1918: Der Ausgang für den allgemeinen

Vormarsch war gekommen. Ich befahl dem General Humbert, anzugreifen. Er meldete, er habe keine Reserven zur Verfügung. Ich befahl trotzdem den Angriff. Gleichzeitig gab ich dem Marschall Haig den Angriffsbefehl. Auch er meldete, daß ihm keine Reserven zur Verfügung ständen. Greifen Sie trotzdem an. En avant! Die „Post-Ztg.“ bemerkt dazu: Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß die Reserven der Verbündeten von dem allgemeinen Vormarsch nach der deutsch-deutschen Grenze erschöpft waren und daß Foch es auf gut Glück ankommen ließ.

(Es ist heute nicht die Zeit zu rechtshaberischen Streitreden und es ist müßig, erneut hinweisen zu wollen, wie recht diejenigen hatten, die zum Durchhalten ermahnten. Wir verzichten daher für heute auf einen Kommentar zu der obigen aufsehenerregenden Entfaltung. Jeder möge sich heute, da Deutschland dicht am Rande des Abgrundes sich befindet, seinen Vers selbst dazu machen. D. R.)

Polnischer Angriff auf deutsches Gebiet?

Berlin, 30. April. (W. I. B.) Reichsminister Erzberger hat an Marschall Foch folgende Note gerichtet: Der deutschen Regierung sind in diesen Tagen zuverlässige Nachrichten darüber zugegangen, daß die polnische Armee beabsichtigt, in den nächsten Tagen einen militärischen Vorstoß mit größeren Truppenmassen gegen deutsches Gebiet in Polen und Oberschlesien zu unternehmen. Die Zusammenziehung polnischer Truppen an der polnischen Grenze betrügt die Wichtigkeit dieser Meldung. Angesichts des Umstandes, daß die alliierten und assoziierten Mächte gegenüber Deutschland die bindende Verpflichtung übernommen haben, daß Polen keinerlei kriegerische Handlungen gegen Deutschland unternehmen werde, und angesichts der weiteren Tatsache, daß Deutschland im Vertrauen auf diese bindende Zusage den Durchmarsch der Armee Haller durch deutsches Gebiet gestattet und gewährleistet hat, halte ich mich für berechtigt und verpflichtet, den Oberkommandierenden der alliierten Armee hiervon in Kenntnis zu setzen. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die alliierten und assoziierten Mächte alles aufbieten werden, um neues Blutvergießen zu verhindern. Es ist der deutschen Regierung jedoch unmöglich, irgendeine Garantie dafür zu übernehmen, daß der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Polen aufrechterhalten wird, wenn die polnische Armee zum Angriff übergehen sollte. Die deutsche Regierung könnte selbstverständlich auch nicht mehr den weiteren Durchtransport der Truppen der Armee Haller zulassen. Sie müßte alle Folgen, die aus einem polnischen Angriff erwachsen würden, ablehnen und weist auf die tiefgehende Erregung der deutschen Bevölkerung in den Ostgebieten hin.

Reichsminister Erzberger.

Auch der französische General Dupont in Berlin ist von dem Tatbestand in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, sofort der interalliierten Kommission in Warschau Mitteilung zu machen.

Vor der Übergabe der Friedensbedingungen.

Berlin, 2. Mai. (Von unserem Berliner Vertreter.) Wie ich an maßgebender Stelle erfahre, ist man der Auffassung, daß schon Ende dieser Woche, spätestens Montag, der deutschen Delegation der Entwurf des Friedensvertrages überreicht werden wird. Man neigt auch der Auffassung zu, daß die Friedensbedingungen nicht soviel Härte enthalten werden, wie es die englische und französische Presse durch fortwährende Stimmungsmache erkennen ließ. Der Umstand, daß Clemenceau persönlich dem Leiter der deutschen Delegation Graf Brodorski-Ranhou die Friedensbedingungen überreichen wird, muß dahin gedeutet werden, daß einmal Clemenceau als Vorsitzender der Friedenskonferenz dazu berufen scheint, dann aber selbstverständlich auch eine gewisse Absicht darin zu erblicken ist. Clemenceau will genau nach dem deutschen Muster von 1871, also wie Bismarck, eine Rolle spielen, er will sich als Sieger zeigen. Daß er allein über die Bedingungen nicht zu befinden hat, wie es damals Bismarck doch konnte, wissen wir sehr wohl. Er wird befehlungsgehorcht die Rolle des Richters spielen wollen und unsere Delegation ist auf diesen Austritt durchaus vorbereitet. Man nimmt an, daß es nicht gleich zu Verhandlungen kommen wird, sondern nach der Überreichung der Bedingungen einige Tage Pause eintreten werden, die Bedingungen der deutschen Regierung zu übermitteln und sie an Ort und Stelle innerhalb der Delegation zu beraten. Besprechungen über die Bedingungen werden und

müssen stattfinden, davon ist man in maßgebenden Kreisen Berlins überzeugt. Und man will auch glauben, daß sich in diesen Besprechungen die Alliierten noch zu Konzessionen bereit finden werden. Ob indessen diese Konzessionen derart sein werden, um alle Härten auszumärzen und die Bedingungen so zu gestalten, daß sie von Deutschland angenommen werden können, wird sich erst zeigen müssen. Heute ist man auch an Berliner maßgebender Stelle noch vollständig über die Bedingungen im Unklaren. Sie können daher viel Überraschung bringen.

Paris, 30. April. (W. I. B.) Reuter: Die Friedenskonferenz teilte mit, daß der Streit um Rautschau in befriedigender Weise erledigt ist. Einzelheiten sind nicht bekannt.

Wilson und das Saarbecken.

Stockholm, 1. Mai. (W. I. B.) Wie der Pariser Korrespondent von „Svefsta Telegrammbrau“ erzählt, sei Wilson seit längerer Zeit bereit gewesen, in der Frage des Saarbeckens eine gleiche Erklärung wie in der adriatischen Frage zu veröffentlichen, und man könne nicht verstehen, warum er dieselbe, nachdem er sie schon vorbereitet hatte, der Presse nicht übergeben habe. Es scheint daher, als habe er in den letzten Tagen in der Saarfrage neue Zustände gemacht.

Die Prüfung der Vollmachten.

Verfaßtes, 1. Mai. (W. I. B.) Im Laufe des gestrigen Tages war Graf Brodorski-Ranhou im Auftrag unserer Gegner telefonisch mitgeteilt worden, daß heute im Hotel „Lrianon“ die Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen zur Prüfung der Vollmachten eintreffen wird, daß der Graf aufgefordert wird, sich dort mit der deutschen Vollmacht einzufinden. Die Zusammenkunft fand heute nachmittag 3.15 im Hotel „Lrianon“ statt. Graf Brodorski-Ranhou, die Mitglieder der Prüfungskommission und Justizrat Schauer als Dolmetscher wurden bei ihrer Ankunft zu den Delegierten der Gegner geleitet. Der Botschafter Cambon begrüßte sie mit einer kurzen Ansprache, auf die Graf Brodorski-Ranhou in deutscher Sprache erwiderte: „Ich habe die deutsche Prüfungskommission beauftragt, die Vollmacht zu übergeben.“ Hierauf fand die gegenseitige Vorstellung statt. Unter den der deutschen Prüfungskommission vorliegenden Urkunden befinden sich solche von Italien, Coesterica und Montenegro. Die Vollmacht Serbiens ist im Namen des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen ausgestellt. Auf der anderen Seite sind Vollmachten vorgelegt für Bolivien und Peru, die uns nicht den Krieg erklärt, sondern nur die Beziehungen zu uns abgebrochen hatten, sowie von dem arabischen Staate Hedschas, der uns weder den Krieg erklärt hat, noch von uns als selbständiger Staat anerkannt ist. Die Vollmacht von Hedschas werden wir nur unter dem Vorbehalt annehmen können, daß die Beziehungen zwischen diesem Staat und der Türkei in einer von unserem ehemaligen Bundesgenossen anerkannten Weise geklärt werden. Auf die Anerkennung der deutschen Vollmacht darf gerechnet werden.

Eine Rede Legiens in Verfaßtes.

Verfaßtes, 1. Mai. (W. I. B.) Heute zum 1. Mai fand eine Zusammenkunft im Hotel des Reservoirs statt, zu welcher Graf Brodorski-Ranhou die gesamte Delegation sowie das Gefolge geladen hatte. Hierbei hielt der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Legien folgende Ansprache:

Geehrte Anwesende!

Seit dem Jahre 1890 demonstriert die Arbeiterschaft regelmäßig am 1. Mai für Arbeiterschutz, praktischen Sozialismus, Weltfrieden und Völkerverbund. Die Anregung zu dieser Kundgebung wurde durch den internationalen Arbeiter- und Sozialistkongress gegeben, der 1889 in Paris stattfand. Langsam hat die Arbeiterschaft einen Teil ihrer Forderungen durchgesetzt. Ihre endgültige Anerkennung steht unmittelbar bevor. Die deutsche Regierung hat das Arbeiterschutzprogramm des internationalen Arbeiter- und Sozialistkongresses nach der Revolution im eigenen Lande zur Durchführung gebracht und es als einen besonders wichtigen Teil in ihrer eigenen Vorlage für den Friedens- und Völkerverbundvertrag aufgenommen. Sie war auch die erste unter allen Regierungen, welche der gezeigten Körperschaft des Landes einen Geschenkwurf vorlegte, nach dem in diesem Jahre der 1. Mai zum Nationalfeiertag erhoben war. Die deutsche Nationalversammlung stimmte dieser Vorlage